

Gegenstand: Haushaltssatzungen 2008 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung sowie dem Finanzplan der Stadt mit dem ihm zugrunde liegenden Investitionsprogramm einschließlich der Prioritätenliste (Vorlage wurde in der Sitzung des Stadtrates am 20.11.2007 verteilt) sowie dem Beteiligungsbericht nach § 90 Abs. 2 GemO für die Stadt Speyer
Vorlage: 0429/2007

Der Beteiligungsbericht ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Beratung im Stadtrat auf Basis der Beschlüsse des Hauptausschusses erfolgt.

Haushaltsrede CDU - Dr. Gottfried Jung

Herr Dr. Jung weist in der Haushaltsrede unter anderem auf die Kosten für die Kinderbetreuung hin, die durch den vom Land beschlossenen Anspruch auf Kindergartenplätze entstehen.

Die schlechte Finanzlage der Stadt ist auch Folge der Finanzausstattung der Kommunen durch das Land. An den Kassenkrediten orientiert, hat Speyer eine Verschuldung von 1.400 €/Einwohner. In Baden-Württemberg ist diese erheblich niedriger und liegt auf der anderen Seite des Rheins gerade bei 19 €/Einwohner.

Weiterhin nimmt er Bezug auf die Entwicklung der Ausgaben auf den Sozialsektor. Der Zuschussbedarf ist seit 1990 von 11 auf 21 Mio € gestiegen. Auch bei den Ausgaben für die Jugendhilfe ist ein Anstieg um 78 % seit 2000 zu beobachten. Er kritisiert die Entscheidung des Landes zugunsten einer Beitragsfreiheit für KiTa-Plätze unabhängig vom Einkommen der Eltern. Viel wichtiger wären kostenlose Mittagessen in den Ganztagschulen, unabhängig vom Elterneinkommen.

Antrag > Bericht der Verwaltung im JHA über Erfahrungen, Vorsorge für Kinder treffen zu können

Er spricht seinen ausdrücklichen Dank an die MitarbeiterInnen der Jugendhilfe und die vielen Ehrenamtlichen im Bereich der Kinder- und Jugendbetreuung aus.

Zur Schulsituation spricht er die Diskussion um die Burgfeldschule an, die auf Grund eines CDU-Antrages geführt wurde. Es wurden bis heute durch die Kritiker keine Alternativen aufgezeigt. Die Existenz der Hauptschulen ist inzwischen durch die Entwicklung der Landespolitik ohnehin zeitlich befristet. Die Realschule plus wird den Run auf die Gymnasien aber nicht brechen, weil viele Eltern sie eher als Realschule minus empfinden werden.

Antrag > Bericht im SchTA über die Weiterentwicklung des Schulstandortes Speyer

Das Kolb-Schulzentrum erscheint der CDU besonders geeignet für eine Realschule plus. Die Siedlungsschule kann nun ebenfalls eine Realschule plus werden, die ja nur dem Namen nach etwas anderes ist als die bisherigen Regionalen Schulen.

Antrag > Gespräche mit der Becher-Schule – Schaffung eines Wirtschaftsgymnasiums

Ein G8-Gymnasium würde Speyer gut zu Gesicht stehen. Mehr als 50 % der Gymnasiasten kommen aus dem Landkreis. Ein gemeinsames Projekt für den Neubau eines solchen Gymnasiums in Kooperation mit dem Landkreis stößt dort aber auf wenig Gegenliebe. Die CDU fordert ein Energiekosten-Management für alle Liegenschaften, Sporthallen und Schulen. Die Energie- und Kosteneffizienz muss ein Schwerpunkt der Gebäudewirtschaft sein und durch Einsatz externen Sachverständigen forciert werden. Bei allen Neu- und Umbaumaßnahmen sind SWS/TDG einzubeziehen.

Antrag > Erstellung von Energiepässen für die städtischen Liegenschaften

Regenerative Energien müssen Vorfahrt haben. Er nimmt Bezug auf die Photovoltaik-Anlage auf dem Müllberg und die von der CDU beantragte Nutzung von Abwasserwärme. In solchen Bereichen sieht er die Zukunftsorientierung der SWS als Positionierung auf dem Markt von Energie-Multis. Er spricht dabei von Citizen-Value gegen Shareholder-Value. Eine gemeinsame Führung der Stadtwerke in der Region wird begrüßt. Eventuell sollte auch über die Beteiligung anderer Partner an den Stadtwerken nachgedacht werden. Er sieht derzeit einen erheblichen Marktwert der Stadtwerke.

Antrag > Bericht im AR WES über die Ansiedlung von jungen, zukunftsorientierten Technologiebetrieben

Haushaltsrede SPD - Dr. Markus Wintterle:

Herr Dr. Wintterle stellt fest, dass die Haushaltsberatungen jedes Jahr nach dem gleichen Muster verlaufen: in der Haushaltsrede des OB wird auf irgendein Ranking verwiesen, in dem festgestellt wird: Speyer ist toll. Geworben wird dabei häufig mit Projekten, die wesentlich vom Land finanziert wurden. Auch die viel zitierte Kinderbetreuung wurde vom Land auf den Weg und das Konnexitätsprinzip durch die SPD-Landesregierung in die Verfassung gebracht. Deshalb wird die CDU-Kritik am Land für die Verantwortung der Haushaltslage seitens der SPD-Fraktion nicht geteilt.

Er zitiert eine Reihe von Kritikpunkten der SPD-Fraktion am gegenwärtigen Haushaltsentwurf:

Die Kosten für den Hauptamtlichen Beigeordneten. Dieser kostet 100.000 €/Jahr – die hätte die SPD lieber in Schulfenster investiert.

Er vermisst bei der Verwaltung die Idee des Fundraising für Investitionsmaßnahmen.

Antrag > Prüfung von PPP für den immer wieder verschobenen Neubau der Feuerwache.

Ein entsprechender Antrag an die Verwaltung wird durch die SPD in den nächsten Tagen eingebracht.

Corporate Social Responsibility – Warum sollte nicht ein Speyerer Betrieb z.B. ein Fenster für eine Schule spenden und dieses auch kostenfrei einbauen?

Anregung > Gründung einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Entwicklung solcher alternativen Finanzierungsmöglichkeiten.

Er verweist darauf, dass der Investitionsschwerpunkt des Haushaltes 2008, Schulsanierung, natürlich zu Lasten anderer Bereiche, z.B. Straßenbaumaßnahmen, geht. Bei der Neugestaltung des Guido-Stifts-Platzes beispielsweise müssen auch eigene Mittel in die Hand genommen werden. Dabei darf nicht vergessen werden, ausreichend Parkraum im Sinne der Wirtschaftsförderung zu schaffen. Die bisherigen Planungen haben die SPD nicht überzeugt.

Zur Schulsituation stellt er fest, dass die Burgfeldschule in die Planung einer Realschule plus durchaus einbezogen werden könnte. Die SPD-Fraktion wendet sich gegen eine Umwandlung in ein Gymnasium bzw. eine Schließung ohne Beteiligung der Eltern, Schüler und Lehrer. Die Schließung wohnungsnaher Schulen und oder der Austausch einer Schulart gegen eine andere ist mit der SPD nicht zu machen. In SP-Nord würde eine integrierte Gesamtschule gut passen. Auch hier ist die SPD nicht unbedingt der Auffassung, dass das Kolb-Schulzentrum weiter aufgewertet werden muss. Kleinere Schuleinheiten werden seitens der SPD-Fraktion bevorzugt. Speyer braucht einen Schul-Entwicklungsplan, dieser wird gesetzlich wohl auch Pflicht werden. Dafür ist ggf. eine Stelle zu schaffen, evtl. durch Umwidmung im Hinblick auf 1,5 ausgewiesene Stellen für internationale Beziehungen.

Die Gesetzgebung macht es schwer, Stadtwerke auf Dauer eigenständig zu erhalten. Allerdings bringt er Kritik an, Anteile an kommunalen Unternehmen zu Gunsten der Haushaltssanierung zu verkaufen. Die Verantwortung für die Mitarbeiter der Werke ist ein Anliegen der SPD. Er legt ein Bekenntnis zu den Stadtwerken und kommunalen Unternehmungen allgemein ab. Beteiligungen werden befürwortet, aber nicht zum Zwecke der Gewinnerzielung.

Eine mögliche Städtepartnerschaft mit China ist nach seiner Auffassung unbedingt projektbezogen zu prüfen. Eine derartige Partnerschaft wird seitens der SPD kritisch betrachtet, allerdings nicht kategorisch abgelehnt.

Die Umnutzung des Hallenbades in eine Sporthalle für den Judo-Sport-Verein wird von der SPD mitgetragen. Allerdings ist dabei ein langfristiges Finanzierungskonzept notwendig, insbesondere im Hinblick auf die Folgekosten, die mit einem solchen Projekt verbunden sind.

Antrag > Schaffung eines Bürgerhaushaltes –
ein entsprechender Antrag der SPD ist in Vorbereitung.

Letztes Jahr hatte die SPD gegen den Haushalt Vorbehalte wegen des Archäologischen Schaufensters. Im Nachhinein stellte sich heraus, dass der Hauseigentümer die ursprünglich vorgesehene, unmittelbare finanzielle Leistung nicht erbracht hat.

Antrag > Die Leistung des Hauseigentümers soll durch den Oberbürgermeister in einem Gespräch eingefordert werden

Nachdem durch die Verwaltung argumentiert wurde, dies sei im Nachtragshaushalt untergebracht worden, stimmt die SPD dem Haushalt 2008 nicht zu, weil man nicht weiß, was in diesem Haushalt noch alles versteckt sein könnte. Der Haushaltsentwurf wird, mit Ausnahme aller Maßnahmen für die Schulsanierung, abgelehnt. Ebenso wird der Haushalt der FSG und der Bürgerhospitalstiftung abgelehnt.

Haushaltsrede SWG - Hermann Preuß

Herr Preuß beklagt, dass die finanzielle Schieflage der Stadtfinanzen wesentlich auch auf Entscheidungen des Bundes und des Landes basiert. Er nennt in diesem Zusammenhang die Aufwendungen für die Kinderbetreuung und den Übergang der Grunderwerbssteuer auf das Land ohne entsprechende Kompensation. Die positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer, die Ausfluss erfolgreicher Tätigkeit der WES ist, kann dies nicht auffangen.

Er fordert eine Überprüfung der bestehenden Bebauungspläne zur Verbesserung der Attraktivität der Austraße für weitere Investitionen. Im Zusammenhang mit der Realisierung der Postgalerie fordert die SWG ein verkehrspolitisches Lenkungskonzept ein.

Für den Kulturbereich mahnt die SWG an, durch verstärkte Kooperationen und finanzielle Beteiligung der Bürger die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verringern.

Der Schwerpunkt Schulsanierung für 2008 wird von der Fraktion ausdrücklich unterstützt. Bezüglich des Schulstandortes Speyer wird jedoch auf Landesebene politischer Handlungsbedarf gesehen, um eine angemessene finanzielle Beteiligung der Umlandgemeinden bzw. des Kreises zu gewährleisten.

Neben der bereits erfolgten Privatisierung von Ver- und Entsorgungsleistungen durch die Stadtwerke und die Übernahme von Altenheim und Krankenhaus durch die Diakonie regt die SWG die Schaffung eines sog. Facility-Managements an, in dem Liegenschaften, Gebäude und damit in Zusammenhang stehende, betriebliche Abläufe einer übergeordneten Betrachtung unterzogen und flexibel bewirtschaftet werden. Er nennt in diesem Zusammenhang Stadtgrün, Friedhof, Betriebshof und Feuerwehr. Gebäudewirtschaft, Planung, Kommunikation und Technik könnten in einem weiteren Schritt dazukommen.

Anregung > Die SWG schlägt zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung vor, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich mit dem städtischen Facility-Management befassen soll.

Bezüglich der Verwaltungs- und Strukturreform sollte die im Frühjahr 2008 beginnende freiwillige Phase genutzt werden und aktiv mit den drei umgebenden Verbandsgemeinden Gespräche über mögliche Kooperationen aufgenommen werden.

Rede Bündnis 90/Die Grünen - Roswitha Pitsch:

Einleitend vergleicht sie grüne Träume zum UN-Gipfel in Bali mit den Träumen des Oberbürgermeisters von einem ausgeglichenen Haushalt. In der Realität allerdings steigt die Netto-Neuverschuldung in diesem Haushalt sogar um 2,3 Mio €. Das Investitionsprogramm zu Gunsten der Schulen wird begrüßt.

Die Fraktion übt aber Kritik an dem Vorgehen der Verwaltung und der Mehrheitsfraktionen mit der Burgfeldschule. Sie kritisiert auch das Programm der Landesregierung zur Abschaffung der Hauptschule und der Einrichtung der Realschule plus, die den Druck auf die Gymnasien noch steigern wird. Die Hauptschule als Stadtteilschule wird verschwinden. Als Folge werden sich die Schulformen gegenseitig belauern. Es droht die Schaffung großer Schuleinheiten. Deshalb wird ein Schulentwicklungsplan befürwortet.

Der Aufmarsch der NPD wurde durch das Bürgerbündnis erfolgreich verhindert. Sie erinnert an 1989, als ebenfalls ein breites Bündnis gegen eine Kundgebung der REP aufgetreten ist. Heute sitzen 2 Vertreter dieser vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierung im Rat und werden von Mitgliedern des Stadtrates wie selbstverständlich hofiert. Werden bald auch Vertreter der NPD hier sitzen?

Sie trägt kritische Anmerkungen zur Stadtpolitik vor, z.B. das Archäologische Schaufenster und die unwürdige Diskussion um die Stolpersteine, nur um einen SPD-Antrag abzuschmettern. Weiterhin wird auch die Ablehnung des Grünen-Antrages zum Nachtflugverbot kritisiert, bei dem ebenfalls die Mehrheitsstimmen aus dem rechten Lager kamen. Mit der umstrittenen Festlegung auf einen hauptamtlichen Beigeordneten hat sich die SWG auf 8 Jahre an die CDU gebunden.

Frau Pitsch thematisiert die Verkehrssituation an den Hauptverkehrsstrecken und spricht den Kahlschlag am Birkenwäldchen an der Spaldirger Straße an. In der Vorlage zum UA war nur die Rede von instabilen Robinien und Pappeln. Der Einschlag verschlechtert die

Lage für die Anwohner im Hinblick auf Lärm und Feinstaub, da die Nachpflanzungen erst in vielen Jahren so groß sein werden, diese Aufgabe wieder zu übernehmen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass kein Tarif für Kindertagesstätten und Kindergruppen im Bademaxx besteht und bisher keine Antwort auf entsprechende Anfragen durch die SWS erfolgte.

27 % der Kinder in den KiTas brauchen Sprachförderung, wobei nur 23 % einen Migrationshintergrund haben. Deshalb fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die vom HA beschlossene Erhöhung der Einnahmen bei den Bürgerbüros abzüglich der Sportfördermittel für die Sprachförderung zu verwenden.

Ansonsten stimmt die Fraktion dem Haushalt zu.

Rede ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft - Dr. Heinz-Dieter Jakumeit:

Aus Sicht der Fraktionsgemeinschaft wird mehr gestalterischer Freiraum für Ideen und weniger Reglementierung gefordert. Der Willen für unbedingte Sparmaßnahmen wird angesichts der Netto-Neuverschuldung und der erneuten Steigerung der Kassenkredite vermisst. Eine Zinssteigerung von nur 1 % verursacht Mehrausgaben von 500.000 €. Er beklagt die Überschreitung der sensiblen Grenze von 100 Mio. € Schulden und fragt, wie die Einnahmeminderungen durch die Unternehmenssteuerreform 2008 aufgefangen werden sollen.

Das Konnexitätsprinzip wird auch für Entscheidungen des Bundes gefordert. Insbesondere auch bei dem problematischen Einzelplan 4.

„Der Muff unter den Talaren, der Muff von 1000 Jahren“, dieser Spruch ist den 68ern wohl bekannt. Die Entlüftung dieses Muffs war damals nicht von innen möglich. Gefordert wird der Wille zur Entlüftung statt der Zementierung von Strukturen im Haushalt. Er wirft die Frage auf, ob sich der OB mit 5-6 persönlichen Mitarbeitern umgeben muss.

Herr Dr. Jakumeit erhebt Kritik am Landkreis im Zusammenhang mit dem Verhalten gegenüber dem Schulstandort Speyer. Er verweist auf die Steinbeis-Gutachten, die nicht unerhebliche Kosteneinsparungen im Schulbereich haben könnten.

Der Stiftungszweck der Bürgerhospitalstiftung sollte beachtet werden. Er sieht die Verlagerung der Aufgaben auf konfessionelle Einrichtungen eher kritisch. Der Senioren- und Gesundheitsbereich ist zudem als erhebliche Jobmaschine zu sehen, vom Pflegepersonal bis zum Taxifahrer.

Rede BGS - Claus Ableiter:

Die BGS will nicht nur eine etwas andere, sondern eine völlig andere Politik. Das Hauptanliegen der BGS sind Kinder und Familien. Die Aussage, die Stadt habe kein Geld, ist nicht richtig. 109 Mio. € sind nicht KEIN Geld. Man muss nur die richtigen Prioritäten setzen.

Er kritisiert die Preisgestaltung im Bademaxx anhand der Preise von Saisonkarten für Familien mit mehreren Kindern. Viele Geringverdienende können sich das nicht mehr leisten. Eine solche kinderfeindliche Politik darf nicht unterstützt werden. Es werden auch keine Gruppentarife angeboten. Kinder sollten solche Einrichtungen kostenlos nutzen können; die daraus resultierenden Einnahmeausfälle sollten auf alle Erwachsenen umgelegt

werden. Entsprechend wäre bei Kindertagesstätten zu verfahren, soweit das rechtlich möglich ist.

Begrüßt wird der Investitionsschwerpunkt für Schulsanierungen. In diesem Bereich wird die BGS dem Haushalt erstmals zustimmen.

Um eine qualifizierte Sprachförderung benachteiligter Kinder zu gewährleisten, ist es erforderlich, Unternehmenssteuern zu erhöhen statt zu senken. Seit 10 Jahren explodieren die Unternehmensgewinne, während die Arbeitnehmergehälter stagnieren. Systematisch werden seit Jahren reguläre Arbeitsverhältnisse durch 510 €-Jobs ersetzt. Er sieht dies als Rückfall in die Vor-Bismarck-Zeit. Mindestlöhne und eine generelle Sozialversicherungspflicht sind zwingend.

Es ist nicht notwendig, den Guido-Stifts-Platz für 100.000e von Euro zu erneuern. Ebenso ist die Schaffung einer halben Stelle für internationale Beziehungen absurd. Wer sich mit anderen Kulturkreisen bekannt machen will, muss nicht nach China reisen.

Die Zerstörung des Naturrefugiums für Eulen und Fledermäuse im Wäldchen in SP-Nord ist nach Ansicht der BGS pure Barbarei. Es gibt keine sachliche Begründung für diesen totalen Kahlschlag. Experten halten eine Wiederaufforstung des Gebietes mit anderen Bäumen für nicht möglich, weil Robinien und Pappeln Ausschlagsholz sind, das direkt wieder austreiben wird. Man müsste die Wurzeln roden, was so teuer ist, dass es sich nur lohnen würde, wenn das Gelände bebaut werden soll.

Er erneuert seine Kritik am Flugplatz und sieht eine Gefährdung des Weltkulturerbes Dom durch dessen Betrieb. Er bezeichnet den Flugplatz als größte Bedrohung für den Dom seit Einmarsch der französischen Revolutionstruppen und hofft, dass sich der neue Bischof für die Erhaltung des Doms einsetzen wird. Zudem ist auf Jahre kein wirtschaftlicher Betrieb möglich.

Die Berechnungen des Landes zum gesundheitsgefährdenden Lärm an der A 61 und B 9 sind völlig unzureichend. Ein konsequenter Einsatz für Lärmschutzmaßnahmen beim Ausbau der A 61 wird von der Stadtverwaltung erwartet.

Die Fraktion fordert eine Aufgabe des dreigliedrigen Schulsystems zu Gunsten kleiner Schuleinheiten nach finnischem Modell.

Die Verschleuderung des Vermögens der Stadt und der Stiftung wird die BGS nicht mittragen.

Rede REP - Alois Röbosch:

Die Republikaner werden nicht mehr vom Verfassungsschutz beobachtet. Auch die linksorientierten Grünen könnten im Internet nachlesen, dass jetzt die linke APO im Visier des Verfassungsschutzes steht. Die Fraktion der Republikaner wendet sich gegen Radikale auf allen Seiten, steht aber für Recht und Ordnung im Staat.

Wäre die Stadt ein Gewerbeunternehmen, würde sie längst insolvent sein. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, dass der Entwicklung des Defizits entgegengewirkt wird. Er schlägt Spaßes halber vor, die Bürgermeister und Stadträte so lange im Stadtratssitzungssaal einzusperren, bis ein Sparprogramm ausgearbeitet ist.

Die Stadtverwaltung muss sich um Probleme des wilden Parkens von LKW's in Speyer Nord kümmern. Weiterhin sollte sich die Stadt auch den Belangen ihrer Bürger und der Gewerbetreibenden widmen und darf die Steuern und Abgaben nicht erhöhen. Der

Hauptposten des Haushaltes ist der Sozialetat. Ändern kann man das nur, in dem man den Menschen Arbeit und Einkommen bringt, von dem sie auch leben können.

Beschluss:

Der Stadtrat verabschiedet mehrheitlich, bei 11 Gegenstimmen der SPD-Fraktion und der BGS-Fraktion, die Haushaltssatzungen 2008 mit den Haushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung, der Waisenhausstiftung und der Kolbstiftung sowie dem Finanzplan der Stadt mit dem ihm zugrunde liegenden Investitionsprogramm einschließlich der Prioritätenliste.

Für den städtischen Haushaltsplan werden auf Empfehlung des Hauptausschusses folgende Änderungen beschlossen:

1110.1000 - Einnahmen Verwaltungsgebühren Bürgerbüro -
Erhöhung der Einnahmen um 50.000 € auf 750.000 €

1100.6550 - Überwachung Binsfeld - Einrichtung Sperrvermerk -
Eine Freigabe der Mittel erfolgt nur nach vorherigem Beschluss

5500.7180 - Zuschüsse an Sportvereine -
Erhöhung in Höhe von 2.500 € für die Kinderzirkusschule Bellissima

7310.1401 - Platzmiete Weihnachtsmarkt -
Erhöhung um 16.000 € auf 48.000 €

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 20.12.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: Einrichtung eines Parkplatzes für Behindertenbringfahrzeuge am Eingang Bademaxx; Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 05.12.2007
Vorlage: 0443/2007**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Protokolles.

Der Vorsitzende verweist darauf, dass es sich hierbei eigentlich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt. Der Antrag wird von den Stadtwerken geprüft. Wenn dieser Wunsch nach einer Parkmöglichkeit realisierbar ist, kann das auch jederzeit so umgesetzt werden. Die Klärung dieser Frage wäre auch durch einen einfachen Anruf möglich gewesen.

Gegenstand: Anfrage zum Kahlschlag im Wäldchen Speyer-Nord; Anfrage der BGS-Stadtratsfraktion vom 08.12.2007
Vorlage: 0448/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Protokolles.

Herr Beigeordneter Scheid beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Entnommen wurden ausschließlich nicht mehr verkehrssichere Robinien und Pappeln. Bei der Fällung von bis zu 40 m hohen Pappeln mit ihren weit ausladenden Kronen lässt es sich auf beengter Fläche nicht immer vermeiden, dass Gehölze, die hätten stehen bleiben können, in Mitleidenschaft gezogen werden.

Zu Frage 2:

Zwei mal im Jahr führt der zuständige Forstrevierleiter so genannte Baumschauen durch, die letzte am 5. November 2007. Dabei wurde festgestellt, dass sich die bei den so genannten „Problembaumarten“ Pappel und Robinie schwierige Situation gegenüber der letzten Kontrolle vom 23. Mai 2007 erheblich verschlechtert hat: insbesondere die stärksten Pappeln zeigten an ihren mächtigen Kronenästen deutliche Absenkungen. Ein letzter Hinweis für den Baumsachverständigen, dass die Baumstatik kurz vor dem Zusammenbruch steht. Bei den Robinien führte die fortschreitende Wurzelfäule zusätzlich zu großflächigen Absterbeerscheinungen in den Kronenästen. Diese Problematik wurde am 29. November 2007 anlässlich eines Ortstermins dem Umweltausschuss und dem Naturschutzbeirat vorgestellt. Es war zwar niemand begeistert, dessen ungeachtet wurden die vorgesehenen Verkehrssicherungsmaßnahmen nicht in Frage gestellt.

Zu Frage 3:

Auf dem südlichen Teil der Stadtwaldabteilung Sandgrube standen die ältesten Pappeln - bis zu 80 Jahre - und auch die höchsten - bis zu 40 m hoch -. Die Rodung ergab sich aus dem hinsichtlich der Verkehrssicherheit kritischen Zustand der betreffenden Bäume und dem Umstand, dass es sich um eine relativ kleine Fläche handelt. Jede Pappel war in der Lage, im angrenzenden Verkehrsraum Personen- und Sachschäden zu verursachen. Die Maßnahme dient allein dem Schutz der Verkehrsteilnehmer und nicht als Vorbereitung einer Baumaßnahme.

Zu Frage 4:

Umweltausschuss und Naturschutzbeirat wurden direkt; die Öffentlichkeit wurde über die Presse informiert. Die Gefährdungslage, insbesondere im südlichen Teil der Stadtwaldabteilung Sandgrube, ließ keinen weiteren Aufschub zu. Laut Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahre 2004 sind unverzüglich Beseitigungsmaßnahmen durchzuführen, wenn der Zustand des Baumes nach der Erfahrung auf eine Umsturz- oder Bruchgefahr hinweist. Dies war hier der Fall. Im Übrigen können reine Verkehrssicherungsmaßnahmen nicht diskutiert oder delegiert werden.

Zu Frage 5:

Am 30. November 2007 wurde eine Anfrage an meine Email-Adresse gesendet. Angesprochen wurden in diesem Schreiben Herr Brohm, Herr Schwendy und ich selbst. Die Anfrage war unterschrieben von den Familien Bleich, Krzeslack, Ruf und Familie Schilling. Absender dieser Email war Familie Schilling. Ich habe umgehend den für das Waldstück zuständigen Revierleiter Herrn Fehr gebeten, für die Stadt die Beantwortung dieses Schreibens zu übernehmen. Das Antwortschreiben ging am 3. Dezember an die bekannte Email-Adresse von Familie Schilling. Dazwischen lag ein Wochenende. Außerdem wurden

am 14. Dezember die Anrainer und Beschwerdeführer vom Revierförster und mir nochmals ausführlich über die weiteren, im Januar 2008 anstehenden Verkehrssicherungsmaßnahmen vor Ort unterrichtet.

Zu Frage 6:

Ende Februar/Anfang März erfolgt eine Wiederaufforstung mit Ahorn und Esskastanie. Daneben wird eine dichte natürliche Ansammlung von Sträuchern und Bäumen einsetzen. Im Rahmen des natürlichen Aufkommens wird sich auch die besonders schnell hochwachsende Robinie einstellen. Als vorübergehende Mischbaumart wird die Robinie Lärm- und Feinstaubimmissionen binden. Im Zuge fortschreitender Pflegemaßnahmen nehmen wir dann die Robinie zugunsten der gepflanzten Bäume und ankommender Sträucher sukzessive wieder zurück.

Zu Frage 7:

Ich verweise auf meine Ausführungen zu Frage 6.

Zu Frage 8:

In Absprache mit der städtischen Jugendförderung wurde die BMX-Bahn auf ein festgelegtes Areal begrenzt. In diesem Bereich werden nicht mehr verkehrssichere Pappeln und Robinien entnommen. Der überwiegende Teil des nördlichen „Wäldels“ bleibt als Wald erhalten.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 20.12.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

**Gegenstand: Sicherheitsgutachten im Planfeststellungsverfahren für die
Verlängerung der Start- und Landebahn des Verkehrslandeplatzes
Speyer
Vorlage: 0394/2007/1**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, bis der Planfeststellungsbeschluss vorliegt. Eventuell wird dann eine Sondersitzung des Rates erforderlich, wenn durch diesen Planfeststellungsbeschluss bestimmte Fristen ausgelöst werden sollten

Herr Batzer erklärt, es gehe der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nur um die formale Feststellung, dass der Rat auf Basis seines Grundsatzbeschlusses vom Oktober 2005 das Gutachten als nicht ausreichend ansieht.

Beschluss

Der Stadtrat bestätigt einstimmig die Bedenken der Stadtverwaltung in der Stellungnahme zum Sicherheitsgutachten vom 12. Juni 2007.

Gegenstand: **Bebauungsplan Nr. 11 E "Kaisergärtel, Änderungsplan I, 4. Änderung (Nahversorgungsmarkt)" - hier: Aufstellungsbeschluss zum beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB, Beschluss zur Einleitung der Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 (2) BauGB sowie der Behördenbeteiligung nach § 4 (2) BauGB**
Vorlage: 0447/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der BGS-Fraktion:

1. Der Bebauungsplan Nr. 011 E, „Kaisergärtel, Änderungsplan I, 4. Änderung (Nahversorgungsmarkt)“ ist im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufzustellen. Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend begrenzt. Durch den Bebauungsplan Nr. 11 E „Kaisergärtel, Änderungsplan I, 4. Änderung (Nahversorgungsmarkt)“ soll der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 11 C „Kaisergärtel, Neufassung – Teilbebauungsplan“ in dem entsprechenden Teilbereich ersetzt werden.
2. Der beiliegenden Vorplanung insbesondere mit den Festsetzungen eines Sondergebietes als planungsrechtliche Grundlage für die Errichtung eines SB-Marktes sowie eines eingeschränkten Gewerbegebietes wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der beigelegten Vorplanung und der Grünkonzeption einen Bebauungsplanentwurf zu erarbeiten und die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 20.12.2007

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: Änderung der Hauptsatzung der Stadt Speyer -
Aufwandsentschädigung für Feuerwehrangehörige
Vorlage: 0430/2007

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderung der Hauptsatzung der Stadt Speyer:

Artikel 1

§ 6 Abs. 4 der Hauptsatzung erhält folgende Fassung:

(4) Die Aufwandsentschädigung für Feuerwehrangehörige beträgt ab dem 01.01.2008:

bei allen Einsätzen	
für die erste Stunde	6,50 €
für jede weitere Stunde	3,50 €

bei angeordneten Sicherheitswachen	
für die erste Stunde	6,20 €
für jede weitere Stunde	3,10 €

Artikel 2

Die Änderung tritt zum 01.01.2008 in Kraft.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt auf Vorschlag der ödp-FDP-Fraktionsgemeinschaft einstimmig folgende Änderung:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Werkausschuss (30.)	(unverändert)	neu: Thomas Schwarz (FDP) Jahnstraße 22 67346 Speyer Tel. 621358 für: Eberhard Specht (FDP)

23. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 20.12.2007



23. Sitzung des Stadtrates 20.12.2007 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!